

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der zgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich Dringender monatlich 50 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingstraße 14. Tel. 1769.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltigen Zeilen mit 20 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 28.

Dresden, Dienstag den 4. Februar 1913.

24. Jahrg.

Die Tarifverhandlungen im Holzgewerbe haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt. Sie gehen weiter.

Eine Bewegung zur Erringung des Reinstundenlohnens in der Schuhindustrie in Orosisch ausgebrochen.

Die Feindseligkeiten wurden mit Schärmügeln bei Gallipoli und mit der Bombardierung von Adrianopel begonnen.

Infolge eines Irrtums beschossen sich bei Janina zwei griechische Regimenter.

Der finnische Landtag wählte einen sozialistischen Präsidium.

Bei einer Panik in einem Kinotheater in Newyork wurden 200 Frauen und Kinder verletzt.

Zentrum, Reichskanzler und Sozialdemokratie?

Die Frankfurter Zeitung brachte am Sonntag folgende Meldung aus Berlin:

„Das Verhalten des Zentrums gegen den Reichskanzler in der letzten Zeit wird vielleicht verständlich, wenn man weiß — was uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, — daß ein bekannter Führer des Zentrums mit einer führenden Persönlichkeit der Sozialdemokratie bereits Abklärung zu nehmen versucht hat wegen eines gemeinsamen Vorgehens bei Reichstagswahlen, im Falle es zu solchen nach der Ablehnung der bevorstehenden Militärvorlage und einer dann folgenden Reichstagsauflösung kommen sollte. Der betreffende Zentrumsabgeordnete ... hat im Falle des Zusammengehens mit der Sozialdemokratie bereits einen Plan entworfen, wonach für die Hauptwahlen die Parteien natürlich selbständig vorgehen, abgesehen von etwa notwendig werdenden Abkommensänderungen in einzelnen Wahlkreisen, und die Kooperation erst vollständig bei den Stichwahlen in Kraft tritt. Auf sozialdemokratischer Seite hat man sich bisher diesen Annäherungen gegenüber sehr kühl verhalten, wohl auch deshalb, weil man merkt, daß das Zentrum nicht gerade die Absicht hat, der Sozialdemokratie Mandate auszuführen oder zu sichern, sondern daß es vielmehr wünscht, durch Schwächung der bürgerlichen Parteien sich wieder die Möglichkeit einer doppelten Mehrheit sowohl mit der Sozialdemokratie wie mit der Rechten zu verschaffen. Dann würde, falls die Militärvorlage in dem jetzigen Reichstag abgelehnt und einem neuem Wahlgesetz wieder vorgelegt würde, das Zentrum in der Lage sein, unter gewissen Bedingungen sich mit Hilfe der Rechten anzunehmen oder sie wieder mit Hilfe der Sozialdemokraten abzunehmen.“

Wir haben von dieser uns ganz unzuverlässig erscheinenden Meldung zunächst keine Notiz genommen. Auch der Vorwärts legt nichts über dieses angebliche Angebot aus Zentrumskreisen an die Sozialdemokratie. Dagegen erklärt die Leipziger Volkszeitung, sie könne die Meldung der Frankfurter Zeitung „in der Hauptfrage nur bekräftigen“.

Wir sind der Meinung, daß der Erzählung der Frankfurter Zeitung höchstensfalls eine nebensächliche und ganz unverständliche Klauerei einiger Reichstagsabgeordneter zugrunde liegen kann. In den Wandelgängen des Reichstags werden in diesen ungewissen Zeiten allerlei mehr oder minder seltsame Gerüchte und politische Fabeleien herumgetragen. Ein erstklassiger Sinn könnte jedenfalls einem solchen Versuch der Zentrumskreise, sich an sozialdemokratische Abgeordnete mit solchen Angeboten heranzumachen, überhaupt nicht zugemessen werden. Die Zentrumskreise müssen sich wohl selbst sagen, daß die Sozialdemokratie auf keinen Fall auch nur einen Schritt mit einer Partei zu gehen bereit sein wird, die die Unwahrscheinlichkeit zum politischen System erhebt.

Reaktionshetze im preußischen Klassenhaus.

Drei Tage lang tobte im preußischen Dreiklassenhaus bei der Beratung über das Polizeiministerium eine der Scharmacherhergen, die in jenem Hause nichts neues sind, die aber stets wieder nicht nur dem preußischen, sondern dem ganzen deutschen Volke zeigen, worauf die freche Junkerreaktion hinaus will. Wie am ersten Tage dieser echt preußischen Debatte der junge von Kardorff, so unternahm am dritten der alte v. Jellibich eine müllige Schimpferei über die Sozialdemokratie, gegen das allgemeine gleiche Wahlrecht, gegen die Reichsregierung, die noch zu wenig schneidig gegen die „umstürzlerische, vaterlandslose Sozialdemokratie“ vorgehe. Diese Scharmacherreden verfolgen in der jetzigen Zeit einen doppelten Zweck: Einestheils ist es Vorbereitung für die preußischen Landtagswahlen, die natürlich von den Junkern nicht anders als mit den altherkömmlichen Forderungen nach neuen Ausnahmeregeln gegen die Arbeiterklasse betrieben werden kann. Andernteils ist es ein weitangelegtes Manöver, um die Männer der Reichsregierung, den Reichskanzler und den Vizekanzler Delbrück

von ihrer angeblichen Anpassungsfähigkeit an die im Reichstag gegebenen Parteiverhältnisse völlig zu kurieren. Die Veltmann und Delbrück sind den Junkern noch immer nicht genug vom „preußischen Geiste“ erfüllt. Daß der Reichsstaatssekretär Delbrück nicht sofort neue Ausnahmeregeln gegen den Gewerkschaftskampf in Aussicht stellt, daß er sogar Wahlurnen beschlagnahmt, die bei Reichstagswahlen in den ostelblichen Gefilden das Wahlschicksal sichern und die Junkermacht in ihren bisher sicheren Etagen gefahrlos, das ist unverzeihliche Todsünde. Solche Minister müssen von den Kardorff und Jellibich bei der höchsten Stelle als Förderer der „Feinde der Monarchie und des Vaterlandes“ angezeigt werden. Nicht entgegenkommen gegen die demokratische Strömung, die sich im Parlament des gleichen Wahlrechts geltend macht, soll gelbt werden, sondern im Gegenteil noch brutaler Unterdrückung und neue Entrechtungen. Das ist das alte, ewig neue und bei der Macht dieser echt preußischen Gesellen stets beachtenswerte Programm, das die Kardorff und Jellibich unter dem lauten Beifallsgeheul ihrer Klassengenossen wieder entrollten.

Bei der Bedeutung, die diesen preußischen Geschehnissen auch für die gesamte Reichspolitik zukommt, geben wir den folgenden Bericht über die Montagdebatte des Abgeordnetenhauses. Unser Parteigenosse Karl Liebknecht war diesmal nicht durch den sonst üblichen Debatteklus gehindert, eine abschließende Abrechnung mit der Scharmacherhete vorzunehmen. Er beehrte diese Aufgabe in treffender und die feindseligen Pläne scharf beleuchtenden Ausführungen.

Sitzung des Abgeordnetenhauses. Montag, 3. Februar. Am Ministertisch: v. Tschirsky, Holz.

Redner v. Jellibich (Freikons.):

Herr v. Kardorff hat bereits mit Recht auf das Eindringen der Sozialdemokratie in die Gemeindeverwaltungen und -vertretungen hingewiesen. Nun ist es richtig, daß ein kleiner Bruchteil dieser Herren sich in diesen Korporationen einwandfrei befindet und insbesondere glaube ich, daß in Berlin die sozialdemokratische Fraktion im Sinne der Fortschrittler sehr nützlich gewirkt hat. (Beifall rechts.) Aber wo sie die Herrschaft ausüben können, ist das allergrößte Bedenken angebracht. (Schärfste Zustimmung rechts.) Insbesondere besteht die Gefahr eines solchen Eindringens der Sozialdemokratie überall da, wo die Gemeindevertretungen nicht das Dreiklassenwahlrecht haben, sondern ein gleiches Wahlrecht. Was Frankfurt wird mir wiederholt berichtet, daß bei dem letzten System auf die Dauer die Herrschaft der Sozialdemokraten in der Stadt nicht zu vermeiden sein wird. (Hört, hört! rechts.) Es ist also dem Minister vorzulegen, ernst zu erwägen, ob nicht in den Gemeinden zu dem behaupten und schließlich altpreussischen Dreiklassenwahlrecht zurückgekehrt werden muß. (Beifall rechts.)

Der Reichstagsbeschluss hat für unsere Volkspolitik so viel Bedeutung, als ob der Reichstag beschließen hätte, die Sonne soll nicht mehr scheinen. (Beifall rechts.) (Hört, hört! links.) An dem revolutionären Charakter der Volkswirtschaft kann gar kein Zweifel sein. Der Reichstag hat einen klaren Übergriff über seine Befugnisse, einen Eingriff in unsere Verfassung, was auch im Interesse des Reichstags, den ein Eingreifen in die Rechte der Bundesstaaten nur herabziehen könnte. Wir wahren damit die Interessen auch der anderen Bundesstaaten, denen der Reichstag als ein unantastbarer Souverän sehr unangenehm werden könnte. (Zustimmung rechts, Abg. Hofmann: das höchste Ziel.) Es zeigt sich, daß die Reichsministerien, namentlich das Reichsamt des Innern in ihrer Anpassungsfähigkeit an die Forderungen des Reichstags sich bedauerlich fortentwickeln. Man kann damit ja bequem fortwischen, aber zu großen Aufgaben, wie die Bekämpfung der Sozialdemokratie, reicht diese Regierungskraft nicht aus. Aus diesem Anpassen an die Tageswünsche des Reichstags heraus ist auch die verwunderliche Erklärung des Staatssekretärs Delbrück einigermaßen zu verstehen, die als eine Kluck in die Öffentlichkeit aufgetischt worden ist. Es gibt für die Reaktionen des Staatssekretärs Delbrück nur die eine Erklärung, daß sie einem zu weiten Entgegenkommen gegen die Wünsche der Reichstagsmehrheit entstammen. Herr Delbrück hätte sich sagen müssen, daß seine Worte Staub aufwirbeln würden, und so ist denn auch in der oppositionellen Presse von einer Kluft zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Ministerium des Innern gesprochen worden. Auch die Ausführungen Dr. Delbrücks über den Gehalt der Arbeitswilligen haben Erkennen herbeigeführt. Gehalt ist die Zahl der Verurteilungen schon heute sehr groß. Aber wenn man sie vergleicht mit der Zahl der vorgekommenen Verletzungen, so ist das ein Beweis für eine Lücke in unserer Justiz. (Sehr richtig! rechts.) Wir können bis zur allgemeinen Reform des Strafrechts nicht warten. Wir müssen schon jetzt die persönliche Freiheit des einzelnen Arbeiters schützen. Man sollte auch über das Recht des Streikpostens nachdenken. (Beifall rechts.)

Der Reichstagsbeschluss hat für unsere Volkspolitik so viel Bedeutung, als ob der Reichstag beschließen hätte, die Sonne soll nicht mehr scheinen. (Beifall rechts.) (Hört, hört! links.) An dem revolutionären Charakter der Volkswirtschaft kann gar kein Zweifel sein. Der Reichstag hat einen klaren Übergriff über seine Befugnisse, einen Eingriff in unsere Verfassung, was auch im Interesse des Reichstags, den ein Eingreifen in die Rechte der Bundesstaaten nur herabziehen könnte. Wir wahren damit die Interessen auch der anderen Bundesstaaten, denen der Reichstag als ein unantastbarer Souverän sehr unangenehm werden könnte. (Zustimmung rechts, Abg. Hofmann: das höchste Ziel.) Es zeigt sich, daß die Reichsministerien, namentlich das Reichsamt des Innern in ihrer Anpassungsfähigkeit an die Forderungen des Reichstags sich bedauerlich fortentwickeln. Man kann damit ja bequem fortwischen, aber zu großen Aufgaben, wie die Bekämpfung der Sozialdemokratie, reicht diese Regierungskraft nicht aus. Aus diesem Anpassen an die Tageswünsche des Reichstags heraus ist auch die verwunderliche Erklärung des Staatssekretärs Delbrück einigermaßen zu verstehen, die als eine Kluck in die Öffentlichkeit aufgetischt worden ist. Es gibt für die Reaktionen des Staatssekretärs Delbrück nur die eine Erklärung, daß sie einem zu weiten Entgegenkommen gegen die Wünsche der Reichstagsmehrheit entstammen. Herr Delbrück hätte sich sagen müssen, daß seine Worte Staub aufwirbeln würden, und so ist denn auch in der oppositionellen Presse von einer Kluft zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Ministerium des Innern gesprochen worden. Auch die Ausführungen Dr. Delbrücks über den Gehalt der Arbeitswilligen haben Erkennen herbeigeführt. Gehalt ist die Zahl der Verurteilungen schon heute sehr groß. Aber wenn man sie vergleicht mit der Zahl der vorgekommenen Verletzungen, so ist das ein Beweis für eine Lücke in unserer Justiz. (Sehr richtig! rechts.) Wir können bis zur allgemeinen Reform des Strafrechts nicht warten. Wir müssen schon jetzt die persönliche Freiheit des einzelnen Arbeiters schützen. Man sollte auch über das Recht des Streikpostens nachdenken. (Beifall rechts.)

trafte trenne. Wir meinen, daß durch das Wahlabkommen von 1912 eine breite Brücke über diesen Abgrund geschlagen worden ist. (Beifall rechts und sehr richtig! rechts und im Zentrum.) Der Abg. Kassel hat als bestes Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eine Demokratisierung unserer Einrichtungen und unseres Wahlrechts bezeichnet. (Lachen rechts.) Das ist ein Scherz. Zahlmäßig steht fest, daß unter dem Großblock die Sozialdemokratie in Baden stärker geworden ist als im übrigen Deutschland. (Hört, hört! rechts.) Dann hat der Abg. Kassel mit einer Vereinfachung, die an Cicero erinnere (Beifall rechts und im Zentrum) es als unerhört bezeichnet, daß der Abg. v. Kardorff gegen die jüdischen Staaten scharf gemacht hätte. Der Abg. Kardorff hat nur gesagt, daß der Ansturm der Demokratie gegen Preußen nicht so stark sein würde, wenn die jüdischen Bundesstaaten ihre Einrichtungen nicht demokratisiert hätten. Das zu sagen sind wir berechtigt. Wir müssen angesichts des demokratischen Ansturms gegen Preußen dafür sorgen, daß die preussische Monarchie in ihrer Eigenart erhalten bleibt. In dieser Eigenart gehört unser Wahlrecht. Es muß, wenn es reformiert wird, so reformiert werden, daß es für lange Jahre standhält. Demokratischer sind die Wahlrechte in Süddeutschland, aber sie sind nicht gerechter. (Lachen links.) Zur Freiheit hat die Demokratie noch niemals geführt. (Beifall rechts.) Soll Deutschland nicht zum Abgrund treiben, so muß das heutige Preußen als Feind gegen den Ansturm der vaterlandslosen Partei erhalten bleiben. (Beifall rechts.)

Abg. Gronowski (Zentrum):

Die Zentrumspartei schaltet stets nur nach ihren Grundfragen und nach sorgfältiger Beweisaufklärung zur Abstimmung. Sie machen uns den Vorwurf, mit Reichsfeinden zusammen getimmt zu haben. Haben Sie nicht vor zwei Jahren gemeinsam mit eben diesen Reichsfeinden gegen uns das unchristliche Verleumdungsgeheiß geschaffen? (Sehr wahr! im Zentrum.) Die Herren v. Kardorff und v. Jellibich sind entsetzt, daß der Reichstag sich mit preussischen Angelegenheiten befaßt hat. Dann sollten sie selbst doch nicht in solcher Weise, wie sie getan, in Reichsangelegenheiten mitreden. Damit dient man nicht dem Zusammenarbeiten von Reich und Staat. Herr v. Jellibich nennt das Enteignungsgeheiß eine nationale Notwendigkeit. Aber es ist nichts weiter als eine Anleihe bei dem sozialdemokratischen Parteiprogramm (Sehr richtig! i. Z.) Wir halten die Polenpolitik für verwerflich und befehlen: wer die Macht hat, soll sie nicht mißbrauchen. Gehen Sie nach Portugal, was da alles unter der Firma „Staatswohl“ geschieht. Durch Ausnahmeregeln schaffen Sie nur Wähler. Bei den Wahlen sowohl wie bei den Sozialdemokraten. Herr v. Kardorff und Herr v. Jellibich verlangen härteren Schutz der Arbeitswilligen und wollen deshalb das Streikpostensverbot. Das wäre nur ein Privileg für die Fabrikanten und Unternehmer. Das Koalitionsrecht ist nicht anwendbar, wenn als äußeres Mittel nicht der Streik erlaubt ist. Und wie wollen Sie die Arbeitswilligen schützen, die gegen ihren Willen ausgeperrt werden? In solchen Fällen sollte der Regierungspräsident vermittelnd eingreifen, nicht aber, wie es geschieht, zur Gründung gelber Gewerkschaften auffordern. Die gelben Gewerkschaften sind neue Waffen die in der Hand ihrer Vorgesetzten. Der Abgeordnete Kirch hat selbst angegeben, daß sozialdemokratischer Terror vorkommt. Gerade dieser Terror ist schuld, wenn heute im Abgeordneten Stimmung für ein Ausnahmengesetz vorhanden ist. (Sehr richtig! im Zentrum.) Was soll denn Ihr Spiel mit der Generalstreiktheorie? Arbeiter gewinnen Sie dadurch nicht, aber das Vorgehen erschauern Sie. (Zustimmung im Zentrum.) Sie haben den großen Ruhrbergarbeiterstreik mit seinem Geheul von Rot und Weiß heraufbeschworen, getragen von dem Gedanken, das rheinisch-westfälische Industriegebiet zu einem Exerzierplatz für sozialdemokratische Machtpolitiker zu machen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Behauptung des Abg. Kirch von Abkommensänderungen des Zentrum beim Wahlrechtsantrag ist mindestens ein großer Irrtum. Hier im Hause ist eine Mehrheit von 120 gegen das Reichstagswahlrecht, selbst wenn das Zentrum hier vollständig ist. Die Stimmung für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen hat hart gelitten unter dem Bestreben der Sozialdemokratie, das Wahlrecht nur zur Vergrößerung ihrer Macht zu benutzen. Sie haben doch hier einmal den Reichskanzler wild angegriffen! Schlagen Sie also an Ihre Brust! (Beifall rechts.) Wegen Wahlpostent ist nur das geheime Wahlrecht. Vom geheimen Wahlrecht können wir nicht ablassen.

Abg. Hammer (Lank):

Ein Sozialgesetz ist nötig, sagt die Strafrechtskommission, der Herr v. List angehört, aus der Arbeitswilligenfrage gehört nicht erst ins neue Strafgesetz. Handwerkerbriefe an mich dürfen nicht erstrahlt über Dr. Delbrück, der gegen die Sozialdemokratie nicht mehr aufzutreten mag, sondern er mit ihr die zu ganz ähnlichen Folgen führende eifässliche Verfassung gemacht hat. Ueberhaupt ist die ganze Haltung Dr. Delbrücks ganz außerordentlich merkwürdig. Der Redner erwähnte dann verschiedene Terrorismussfälle, in denen die Gerichte beriagt hätten oder wo ein Koalitionszwang ausgeübt worden sei. Der Vorwärts hochgelobt! Doch auch fürstlich Dalberghäuser Wärschen! Der Wälscher sozialdemokratische Regierungspräsident hat seine Vergeßlichkeit über den Terrorismus seiner Genossen geäußert. Da muß geschicklich eingegriffen werden. Wir brauchen auch mehr Gebarmen. Warum hat man in Preußen nicht schon am ersten Tag Karabiner gegen das feige, aufgeblähte Gefindel ausgegeben? Nur energisch zu greifen, dann ist gleich Zug in der Kolonne! Der Vergleich zwischen Reichstags- und Landtagsleistungen beweist die Güte unseres Wahlrechts, wo nicht der 25jährige Zuhälter ebenso Wähler ist wie der erste Beamte. Das Dreiklassenwahlrecht besetzt eine großartige Mittelstufenmehrheit. Der Mittelstand wünscht kein geheimes Wahlrecht. Wer es ehrlich meint mit dem Mittelstand, muß das Dreiklassenwahlrecht aufrechterhalten! (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Seyha (Volk):

führt Klage über eine schändliche und gesetzwidrige Handhabung des Vereinsrechts. Durch all solche Dinge werde die politische Bevölkerung in Erregung gesetzt, die durch die Anwendung des Enteignungsgeheißes noch gesteigert wird.

Minister des Innern von Dalkwig:

Die Billigung gelber, d. h. nationaler Gewerkschaften durch einen Regierungspräsidenten, die der Abg. Gronowski getadelt hat, vermag ich nicht zu mißbilligen, denn sie sind, ebenso wie die

mit Identität ausgeführt die Strafen folgen und bei Mord...
1912...
bes...
1912...